

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachschlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftanteil, Spargl. u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderbeleg und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. XI: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Gitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 303

Mittwoch, den 30. Dezember 1936

88. Jahrgang

Täglich „Roter Zug“ ab Paris

Hunderte von ausländischen Freiwilligen für die Bolschewisten in Spanien

In Paris wird viel davon gesprochen, daß die Anwerbung von Freiwilligen für die spanischen Bolschewisten in allen Teilen Frankreichs, vor allem in Paris, jetzt verstärkt betrieben wird. Die drei Hauptwerbstellen in Paris bilden die spanische Botschaft, das spanische Reisebüro und das spanische Handelsbüro. In Kreisen, die diesem Treiben kritisch gegenüberstehen, ist man fest überzeugt, daß diese Dinge, die der französischen Öffentlichkeit kein Geheimnis geblieben sind, auch der Regierung nicht verborgen bleiben konnten, ebenso daß gegen die Leiter dieser Anwerbstellen nichts unternommen wird.

Der Mitarbeiter des „Intransigent“, Jean d'Esme, stellte fest, daß täglich vom Pariser Orsay-Bahnhof aus mit dem fahrplanmäßigen Zug um 22.05 Uhr Sammeltransporte von marxistischen Freiwilligen nach Perpignan abrollen. Dieser Zug habe im Volksmund, besonders in allen Städten, die an der Strecke Paris-Perpignan liegen, den Namen „Der rote Zug“ bekommen. Unter den roten Freiwilligen befinden sich in der Regel mindestens 20 v. H. Franzosen. Der Rest verteilt sich auf Leute, die in den Staaten Europas von den sogenannten „Antifaschistischen roten Organisationskomitees“ geworben worden sind und nun quer durch Frankreich nach Süden eilen, um die Reihen der Internationalen Brigade an der Madrider Front zu vergrößern.

Die „Internationale Brigade“ plündert

Aus den Rundfunkberichten der nationalen und sogar auch der roten Sender ist immer deutlicher zu ersehen, daß die Versorgungsschwierigkeiten in den unter bolschewistischer Herrschaft stehenden Teilen Spaniens ständig zunehmen.

In Albacete protestierte die Bevölkerung gegen die Plünderungen, die die an die Cordoba-Front abberufenen Angehörigen der „Internationalen Brigade“ kurz vor ihrer Abfahrt begangen haben. Die meisten Geschäfte in der Provinz Albacete sind ein Opfer der Raubgier des roten ausländischen Verbrechergesindels geworden. Vielen Ladenbesitzern wurden die gesamten Vorräte geraubt, wodurch sich die bereits vorher bestehende Lebensmittelknappheit zu einer regelrechten Hungersnot auszuwachsen droht.

Die katalanische Marxistenzeitung „Solidaridad Obrera“ führt in einem Artikel bittere Klage darüber, daß die sogenannten marxistischen „Führer“ in den besten Hotels und Gaststätten Kataloniens Kaviar und Schweinebraten essen, während die Milizien mit trockenem Brot an die Front gehen müßten.

Maschinistenmaat kommandiert das rote Malaga

Die Roten in Valencia haben am Dienstag die Schaffung eines „Generalstabes der Seestreitkräfte“ verfügt. Er wird geleitet von einem Korvettenkapitän. Zum Chef des roten Flottenstützpunktes in Malaga wurde ein Maschinistenmaat namens Baudilio befördert, während zum Kommandanten der roten Seestreitkräfte an der nordspanischen Küste ein Kapitän zur See bestellt wurde.

Charakteristisch ist auch eine Verordnung über die Einrichtung eines „spanischen Handelsbüros“ in Moskau.

Dampfer „Palos“ wieder frei

Ein spanischer Fahrgast zurückgehalten.

Der deutsche Dampfer „Palos“ ist auf Forderung des Kreuzers „Königsberg“ freigegeben worden und hat seine Reise fortgesetzt. Dagegen ist ein spanischer Staatsangehöriger, der sich an Bord des deutschen Schiffes und damit auf deutschem Hoheitsgebiet befunden hatte, sowie ein Teil der Ladung noch zurückgehalten worden. Eine restlose Erledigung der Angelegenheit steht also noch aus.

Neue Judenverhaftungen in Paris

Im Standal vom Dai d'Orsay wurde eine vierte Verhaftung vorgenommen, nachdem am Montaa

ein Helfershelfer des Juden Rosenfeld, Samuel Fradkin, hinter Schloß und Riegel gesetzt worden war. Als Vertreter wurde ein angeblicher ehemaliger russischer Rechtsanwalt Schapiro festgenommen, der Fradkin einen gefälschten litauischen Paß besorgt haben soll, um ihm seine Reisen ins Ausland zu erleichtern.

Starke Erregung

über die amerikanischen Flugzeuglieferungen in Amerika

Washington, 30. Dezember. Die Genehmigung zur Ausfuhr von Flugzeugen an die spanischen Bolschewisten hat infolge des Bestrebens in den Vereinigten Staaten von Amerika, sich aus dem spanischen Streit ganz herauszuhalten, in Presse und Parlament große Erregung hervorgerufen. Der Standpunkt der amerikanischen Regierung, daß sie nach den bestehenden Gesetzen die Genehmigung zur Ausfuhr der Flugzeuge nicht verweigern konnte, obwohl sie alles versucht habe, um den Antragsteller von seinem Vorhaben abzubringen, und obwohl sie es in etwa 20 früheren Fällen habe erwidern können, daß die Antragsteller trotz der Aussicht auf hohe Kriegsgewinne ihre Anträge zurückzogen, wird allgemein nicht anerkannt.

Senator Pittman, der Vorsitzende des einflussreichen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, kündigte an, er werde sofort nach Beginn der Kongrestagung am 6. Januar einen Gesetzentwurf einbringen, der das bestehende Neutralitätsgesetz dahin erweitert, daß die Ausfuhr von Kriegsmaterial auch dann verboten ist, wenn es sich um einen militärisch geführten Bürgerkrieg handelt. Ob der Gesetzentwurf in dieser Form durchgehen wird, ist allerdings zweifelhaft.

Das Staatsdepartement hat die Genehmigung zur Ausfuhr der Flugzeuge, wie es offen erklärte, nur sehr widerwillig erteilt. Es gab bekannt, daß es die Genehmigung sofort widerrufen werde, wenn der von Senator Pittman angekündigte Gesetzentwurf vom Kongress verabschiedet ist.

Senator Borah, der sich bekanntlich für eine möglichst weitgehende Fernhaltung der Vereinigten Staaten von europäischen Streitigkeiten einsetzt, wird außerdem einen Gesetzentwurf einbringen, der allen Amerikanern, die als Freiwillige unter einer fremden Flagge kämpfen, die amerikanische Staatsangehörigkeit entzieht.

England beunruhigt

über die Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen nach Valencia

London, 30. Dezember. Der Bericht aus Amerika, daß demnächst für 6 Millionen Reichsmark Kriegsmaterial

hauptsächlich Flugzeuge, aus den Vereinigten Staaten an die Roten in Spanien geliefert werden sollen, hat in London beträchtliches Aufsehen und eine gewisse Besorgnis hervorgerufen. In amtlichen englischen Kreisen lehnt man zwar jede Stellungnahme zu dieser Waffenlieferung mit der Begründung ab, daß hierüber kein Bericht des britischen Botschafters in Washington vorliege. Trotzdem erwartet man in London, wie ziemlich deutlich wird, daß die amerikanische Regierung von sich aus alles tun werde, was in ihren Kräften steht, um die Durchführung dieses Waffenlieferungsvertrages zu verhindern. Falls dies ausbleibt, scheint nicht ausgeschlossen, daß man am Washington noch einmal besonders herantreten wird.

„Warnungstreifs“

und erregte Kundgebungen vor dem Pariser Rathaus

Paris, 30. Dezember. Dem einstündigen „Warnungstreif“ der städtischen Arbeiter und Angestellten am Dienstag folgte eine Kundgebung vor dem Rathaus, die zum Teil recht bewegt verlief und den Einsatz starker Polizeikräfte und berittener Mobilmacht notwendig machte. Die Kundgeber versammelten sich am späten Nachmittag zu Zehntausenden in den angrenzenden Straßen des Rathausplatzes, der durch Polizei abgesperrt war. Soweit sie in Dienst-Ansichtung trugen, waren sie in dieser Uniform erschienen, so die Angestellten der Untergrundbahn, der Straßenbahn, der Autobusse, die Parkwächter und die Hausfeuerwehren. Sogar die Angestellten der städtischen Versorgungsunternehmen erschienen in ihrer ersten Amtstracht. Ihnen gesellten sich „aus Solidarität“ andere Staatsbeamte und Angestellte, Eisenbahner und Briefträger bei.

Der Andrang der Demonstranten wurde bald so stark, daß die Polizeikette durchbrochen wurde und die Kundgeber auf den Rathausvorplatz gelangten. Bevor sie jedoch die Pforten des Rathauses erreichten, wurden die eisernen Gitter geschlossen. Die Menge stimmte die „Internationale“ an, und Sprechchöre förderten den Rücktritt des Stadtrates und Wohnerbühnungen. Als die Polizeibeamten sich dem weiteren Vordringen der Kundgeber widersetzen, wurden Rufe laut: „Polizei auf unsere Seite!“

Gegen 19 Uhr wurde schließlich eine Abordnung der Kundgeber im Rathaus eingelassen. Die Menge begrüßte das mit neuerlichem Absingen der „Internationale“. Kurz darauf wurde von den Anführern der Kundgebung bekanntgegeben, daß die Forderungen der städtischen Arbeiter und Angestellten noch am gleichen Abend von der Stadtverwaltung wohlwollend geprüft werden würden. Darauf löste sich die Kundgebung in Ruhe auf.

Warnung vor Moskau

Appell Japans an die Kulturstaaten der Welt

Sämtliche japanischen Staatsminister haben in einer Neujahrsendung des japanischen Rundfunks zur internationalen politischen Lage Stellung genommen und haben eindringlich darauf hingewiesen, daß nur ein in sich geschlossenes, auf allen Gebieten gerüstetes und abwehrbereites japanisches Volk die kommenden Schwierigkeiten überwinden könne. Ministerpräsident Hirota warnte vor der Tüchtigkeit der Komintern, die gegen die japanische Staatsform und darüber hinaus gegen die Kultur der Menschheit gerichtet sei.

Das besondere Angriffsziel des Bolschewismus seien Deutschland und Japan, die sich zur Abwehr zusammengeschlossen hätten. Ausländische Versuche, das von hohen geistigen Idealen getragene Abkommen zu verdächtigen, müßten an den klaren, aufrichtigen Absichten beider Länder scheitern. Es sei zu hoffen, daß die großen Kulturstaaten der Welt Japan und Deutschland richtig verstehen lernen und sich mit ihnen im Abwehrkampf gegen die bolschewistische Weltgefahr vereinigen. Das Abkommen sei eine Warnung für alle Staaten, nicht zu warten, bis es zu spät sei.

Außenminister Arita erklärte: „Obwohl die außenpolitische Lage nicht befriedigend ist, ist es eine klare Tatsache, daß sich die Stellung Japans als Friedensfaktor im Fernen Osten durch den Abschluß des deutsch-japanischen Abkommens wesentlich verstärkt hat.“

„Teuflische Verschwörung gegen die Menschheit“

Am Weihnachtabend nahm der höchste Würdenträger der katholischen Kirche in Polen, Kardinal-Erzbischof Dr. Slonk, in einer Rundfunkansprache erneut gegen den Bolschewismus Stellung. In das friedliche Licht des Weihnachtstraumes, erklärte der Kardinal-Erzbischof, falle ein Schatten. Eine teuflische Verschwörung versuche, die Menschheit in ihr Netz zu ziehen; eine dunkle Macht sei am Werke, die Erde zu unterjochen und die Ordnung und das Leben der Völker zu verwirren. Eine rote Seuche gefährde die Staaten, die Familie und die Schule. Verbrecherische Hände verbreiteten den Kriegsbrand, zerstörten Kirchen, rissen Denkmäler nieder und vernichteten die Kultur menschlichen Geistes. Polen stehe wieder auf seinem

